

September 2021

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im
Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	1
Sonntagsfrage: SPD vor CDU/CSU	2
Nächste Bundesregierung: ein gutes Drittel für SPD-geführtes Kabinett	4
Politikerzufriedenheit: Scholz und Söder gleichauf hinter Merkel	5
Kanzlerpräferenz: Scholz weiter mit großem Vorsprung	6
Wahlmotive: Kandidat für SPD-Präferenz am bedeutsamsten.....	8
SPD auch bei Parteikompetenzen im Aufwind.....	9
Wichtigste Probleme: Umwelt, Migration, Corona, Soziales.....	10
Studieninformation.....	11

Zusammenfassung

Die SPD befindet sich weiter im Stimmungshoch und ist in der Sonntagsfrage erstmals seit Februar 2017 wieder stärkste Partei im ARD-DeutschlandTREND. Sie legt zum Vormonat um 7 Punkte zu und hätte aktuell einen Stimmenanteil von 25 Prozent in Aussicht, der beste SPD-Wert seit Mai 2017. Auch der Abwärtstrend für die CDU/CSU setzt sich fort: die Union gibt im gleichen Umfang ab wie die SPD hinzugewinnt und fällt mit 20 Prozent auf ihren niedrigsten Wert seit Bestehen des ARD-DeutschlandTREND. Die Grünen büßen 3 Punkte ein und sind mit 16 Prozent so schwach wie seit September 2018 nicht mehr. Vierstärkste Kraft wäre derzeit die FDP mit 13 Prozent (+1), allerdings dicht gefolgt von der AfD mit 12 Prozent (+2). Die Linke läge unverändert bei 6 Prozent. Mit diesem Wahlausgang wären SPD-geführte Drei-Parteien-Koalitionen mit Grünen und FDP, mit Union und FDP sowie mit Union und Grünen rechnerisch möglich, ebenso mit Grünen und Linken. Die Union könnte mit Grünen und FDP koalieren. Zwei-Parteien-Bündnisse wären dagegen ohne Mehrheit. Von den Bundesbürgern präferiert ein gutes Drittel einen Wechsel in Berlin zugunsten eines SPD-geführten Bündnisses. Ein Viertel unterstützt eine Fortsetzung unionsgeführter Regierungen im Bund. Jeder Achte favorisiert eine Koalition unter Grünen-Führung. Damit hat die Unterstützung für ein SPD-geführtes Kabinett binnen zwei Wochen erkennbar zulasten einer unionsgeführten Bundesregierung zugenommen.

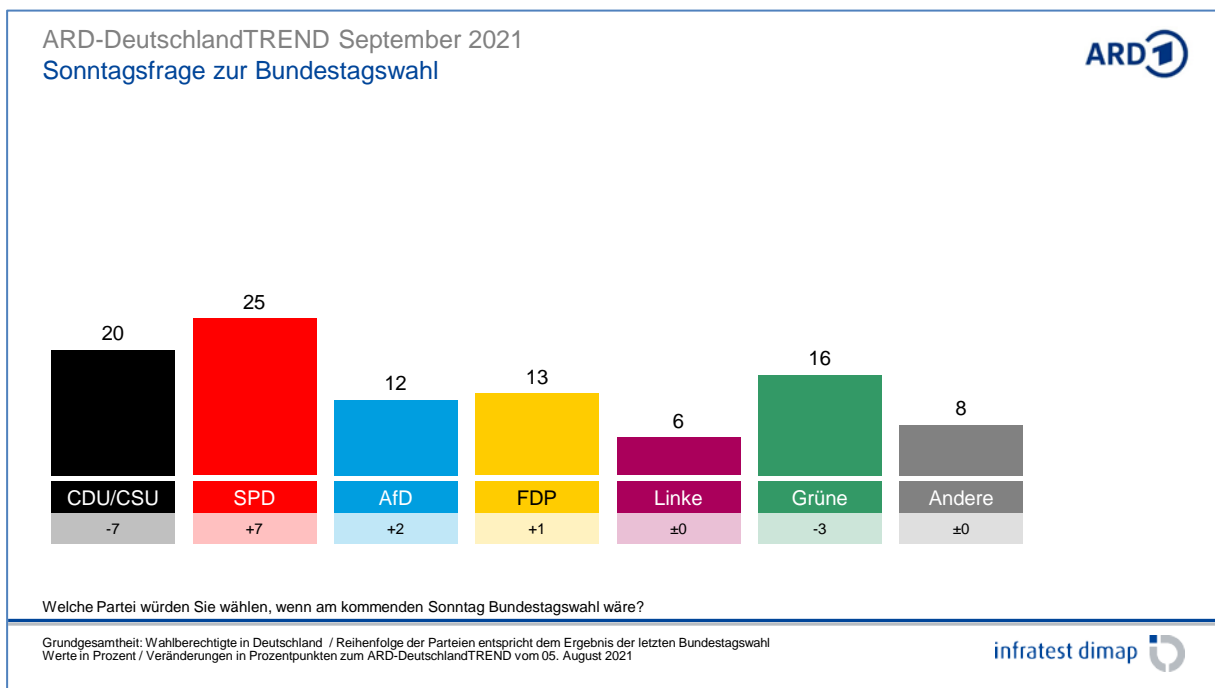
Die Sozialdemokraten verfügen aktuell über handfeste personelle Vorteile. Olaf Scholz erreicht zwar nicht den Zuspruch der scheidenden Unionskanzlerin. Er ist aber mit Abstand der populärste der drei Kanzlerkandidaten und wird weiterhin am ehesten für das Kanzleramt präferiert: Wie vor zwei Wochen würden in einer Direktwahl vier von zehn für ihn stimmen. Von den drei Kanzlerkandidaten gilt der SPD-Politiker als am sympathischsten und glaubwürdigsten. Ihm wird zudem am ehesten Führungsstärke und Kompetenz zugewiesen. Seine Popularität kommt der Partei unmittelbar zugute. Ein Viertel der SPD-Anhänger gibt an, dass für ihre Parteipräferenz der Kandidat ausschlaggebend ist. Weitere 48 Prozent begründen dies mit einer Kombination aus seiner Person und den Positionen der Partei. Eine ähnliche Zugkraft entwickeln die Kandidaten der anderen Parteien bislang nicht. Deren Anhängerschaften sehen den Ausschlag für ihr Votum vornehmlich in den Inhalten ihrer Partei.

Die Sachurteile der Bundesbürger sehen SPD und Union derzeit etwa gleichauf: Bei der Lösung der wichtigsten Aufgaben Deutschlands setzt jeweils ein Viertel auf SPD bzw. Union. Damit wird die SPD besser bewertet als 2017, die Union dagegen deutlich schlechter. Die SPD punktet vor allem in sozialpolitisch gelagerten Fragen: Beim Einsatz für angemessene Löhne, für eine langfristige Sicherung der Altersversorgung und eine gute Familienpolitik und Kinderbetreuung setzen die Wahlberechtigten am ehesten auf die SPD. Die Union überzeugt auf dem Feld der Wirtschaftspolitik nach wie vor die meisten Wahlberechtigten sowie bei der Bewältigung der Corona-Krise. Den Grünen wird wie gehabt in der Umwelt- und Klimapolitik die größte Kompetenz attestiert. Im Vergleich zum Frühjahr wird die SPD auf den verschiedenen Feldern durchweg besser bewertet. Dagegen bleiben die Unionsparteien, vor allem aber die Grünen hinter ihren zuletzt gemessenen Kompetenzwerten zurück. AfD und FDP schneiden im Kompetenzurteil der Bürger ähnlich ab wie im Mai. Auf die AfD setzt in der Zuwanderungspolitik und auf die FDP in der Wirtschaftspolitik jeweils jeder achte Wahlberechtigte. Die FDP punktet zudem auf dem Feld der Digitalisierung. Der Linkspartei wird vorrangig in der Familienpolitik und in Lohnfragen Vertrauen entgegengebracht.

Mit den ihnen zugewiesenen Sachkompetenzen müssen die Parteien 2021 in einer Themenumgebung bestehen, die sich von der vor vier Jahren deutlich unterscheidet. Gefragt nach den aktuell wichtigsten politischen Problemen in Deutschland benennt aktuell ein Drittel den Umwelt- und Klimaschutz, jeweils etwa ein Fünftel Zuwanderung und Corona. Jeder Sechste thematisiert Fragen der sozialen Ungerechtigkeit, jeder Siebte Probleme der Altersabsicherung. Zur letzten Bundestagswahl hatte die Zuwanderung für die Bundesbürger mit 47 Prozent der Nennungen einen deutlich größeren Stellenwert als aktuell, der Umwelt- und Klimaschutz mit 9 Prozent wiederum einen wesentlich geringeren.

Sonntagsfrage: SPD vorn, CDU/CSU auf Rekordtiefstand

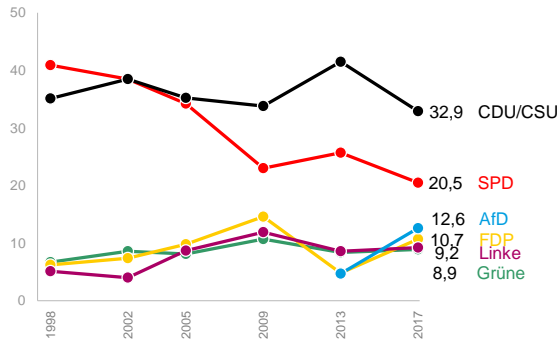
Die SPD befindet sich aktuell im Stimmungshoch. Aus der aktuellen Sonntagsfrage des ARD-DeutschlandTREND geht die SPD erstmals seit Februar 2017 wieder als stärkste bundespolitische Kraft hervor. Zum Vormonat legt die Partei um 7 Punkte zu und hätte gegenwärtig einen Stimmenanteil von 25 Prozent in Aussicht, der beste SPD-Wert seit Mai 2017. Die CDU/CSU gibt im gleichen Umfang ab und fällt mit 20 Prozent auf ihren niedrigsten Umfragewert seit Bestehen des ARD-DeutschlandTREND. Die Grünen büßen 3 Punkte ein und sind mit 16 Prozent so schwach wie seit September 2018 nicht mehr. Vierstärkste Kraft wäre derzeit die FDP mit 13 Prozent (+1), allerdings dicht gefolgt von der AfD mit 12 Prozent (+2). Die Linke läge unverändert bei 6 Prozent. Alle übrigen Parteien würden zusammen 8 Prozent erzielen.



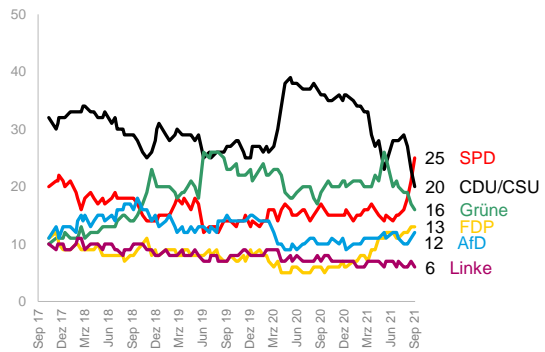
ARD-DeutschlandTREND September 2021
Wahl- und Umfrageergebnisse Bundestagswahl
Zeitverlauf



Wahlergebnisse seit 1998



aktuelle Umfrageergebnisse



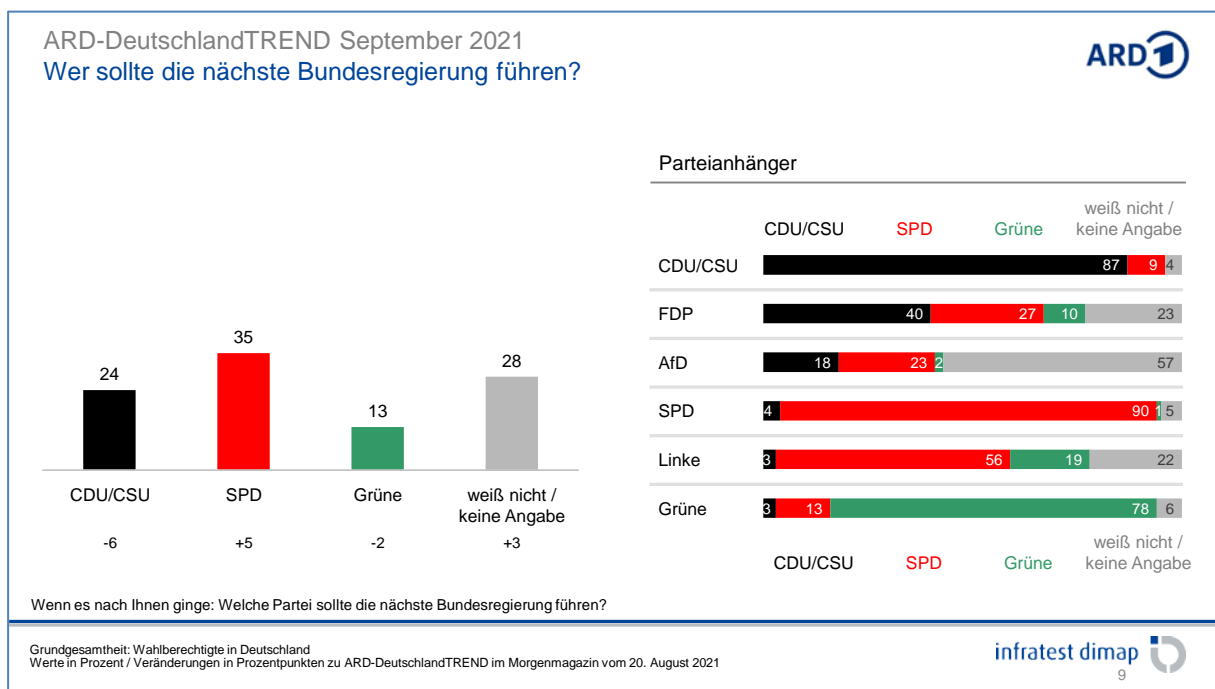
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent

Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Parteipräferenzen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Nächste Bundesregierung: ein gutes Drittel für SPD-geführtes Kabinett

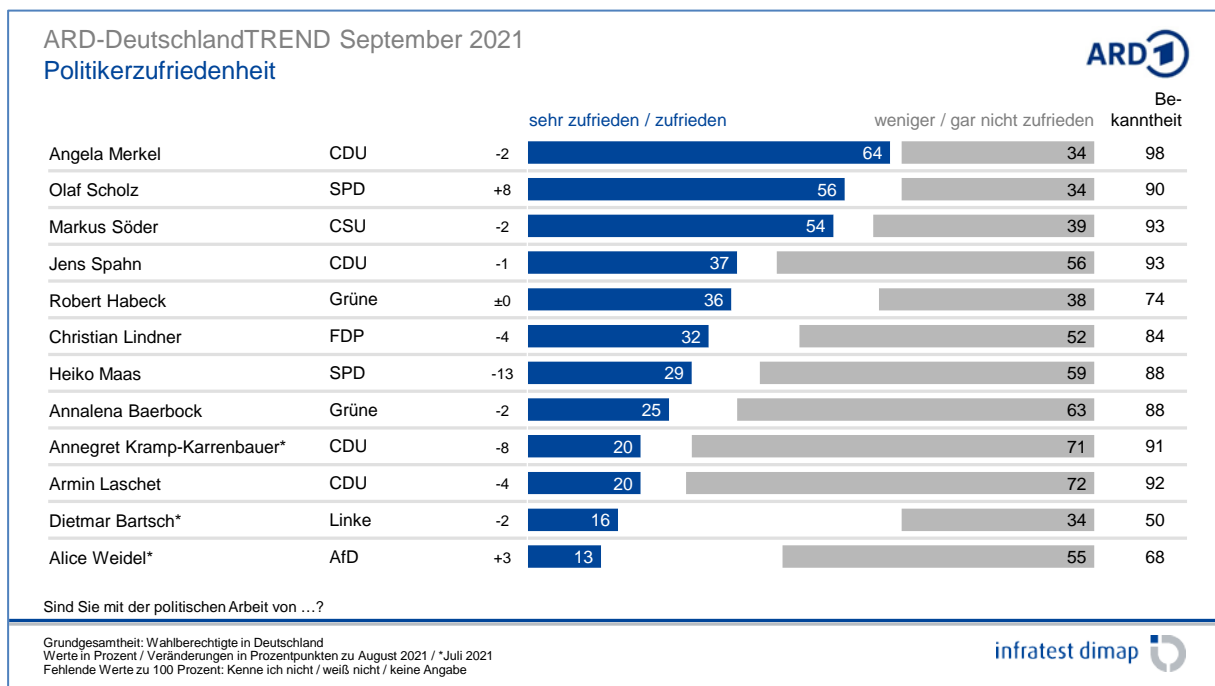
Mit einem Wahlausgang entsprechend der aktuellen Sonntagsfrage wäre die unionsgeführte große Koalition Geschichte. Knapp vier Wochen vor dem offiziellen Wahltermin verstärkt sich die Kritik an der Arbeit des amtierenden Regierungsbündnisses: Knapp vier von zehn (38 Prozent; -5) äußern sich zufrieden, sechs von zehn (60 Prozent; +5) üben Kritik. Statt Zwei-Parteien-Koalitionen wären gemäß der aktuellen bundespolitischen Stimmung Regierungsbündnisse aus drei Partnern nötig. Rechnerisch möglich wären SPD-geführte Drei-Parteien-Koalitionen mit Grünen und FDP, mit Union und FDP oder mit Union und Grünen, ebenso – wenn auch knapp – mit Grünen und Linken. Die Union könnte mit Grünen und FDP koalieren. Von den Bundesbürgern selbst präferiert ein gutes Drittel (35 Prozent; +5) einen politischen Wechsel in Berlin zugunsten eines SPD-geführten Bündnisses. Ein Viertel (24 Prozent; -6) unterstützt eine Fortsetzung einer unionsgeführten Regierung im Bund. Jeder Achte (13 Prozent; -2) favorisiert eine Koalition unter Grünen-Führung. Knapp drei von zehn (28 Prozent; +3) äußern gut drei Wochen vor der Bundestagswahl weiterhin keine Präferenz. Damit hat die Unterstützung für ein SPD-geführtes Kabinett binnen zwei Wochen erkennbar zulasten einer unionsgeführten Bundesregierung zugenommen.



Ein Wechsel in Berlin zugunsten einer SPD-geführten Bundesregierung findet die stärkste Unterstützung bei den älteren Bürgern (40 Prozent), erzielt aber auch bei den unter 40-jährigen vergleichsweise die größten Sympathien (28 Prozent). Die Anhänger der SPD (90 Prozent), Union (87 Prozent) und Grünen (78 Prozent) setzen mit jeweils großen Mehrheiten auf die eigene Partei. Vier von zehn FDP-Anhängern (40 Prozent) präferieren ein CDU/CSU-geführtes Bündnis, die Anhänger der Linken setzen überwiegend auf eine SPD-geführte Koalition (56 Prozent). Für über die Hälfte der AfD-Anhänger (57 Prozent) ist keine der drei Optionen wünschenswert. Jeder sechste AfD-Anhänger unterstützt ein Kabinett unter Unions- (18 Prozent), jeder vierte eine Regierung unter SPD-Führung (23 Prozent).

Politikerzufriedenheit: Scholz und Söder fast gleichauf hinter Merkel

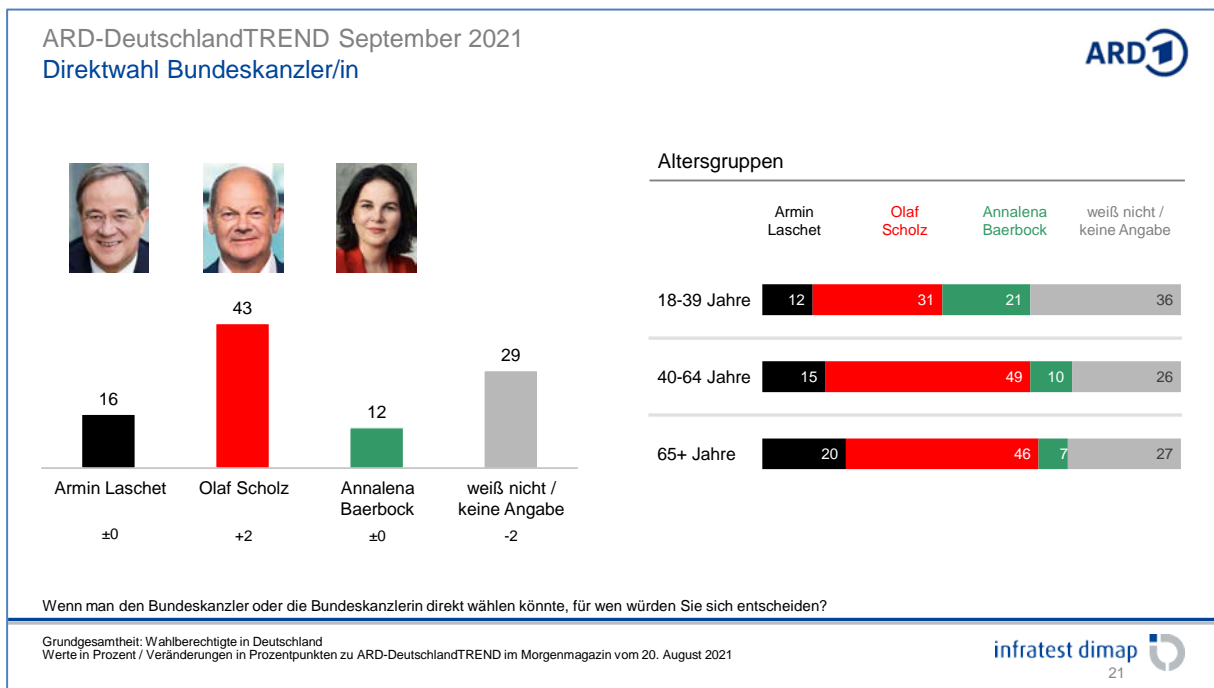
Die Sozialdemokraten verfügen knapp vier Wochen vor der Wahl über handfeste personelle Vorteile. Olaf Scholz erreicht zwar nicht die Popularität der scheidenden Unionskanzlerin (64 Prozent; -2). Mit einem Zuspruch von 56 Prozent (+8) steht er allerdings deutlich besser da als vor einem Monat. Er erzielt einen leicht größeren Rückhalt als CSU-Ministerpräsident Markus Söder (54 Prozent; -2) und setzt sich deutlich von den beiden anderen Kanzlerkandidaten ab. Annalena Baerbock wird von 25 Prozent (-2) positiv bewertet, Armin Laschet von 20 Prozent (-4). Beide Politiker verlieren an Zuspruch und bleiben im Urteil der Wahlberechtigten wie im Vormonat hinter dem Co-Vorsitzenden der Grünen, Robert Habeck (36 Prozent; +/-0) und dem FDP-Spitzenkandidaten Christian Lindner (32 Prozent; -4). Deutlich zurück stehen im Bevölkerungsurteil die Spitzenkandidaten von Linken und AfD, Dietmar Bartsch (16 Prozent; -2 zu Juli) und Alice Weidel (13 Prozent; +3 zu Juli).



Von den im aktuellen ARD-DeutschlandTREND abgefragten Bundesministern wird Gesundheitsminister Jens Spahn (37 Prozent; -1) nach Olaf Scholz am besten bewertet. Die mit Ende des Afghanistan-Einsatzes in die Schlagzeilen geratenen Minister für Äußeres und Verteidigung büßen in der Bevölkerung deutlich an Rückhalt ein. Heiko Maas fällt mit 29 Prozent (-13) auf seinen niedrigsten Zustimmungswert im Amt des Außenministers, Annegret Kramp-Karrenbauer mit 20 Prozent (-8 zu Juli) auf ihren zweitniedrigsten Sympathiewert seit Übernahme des Verteidigungsresorts.

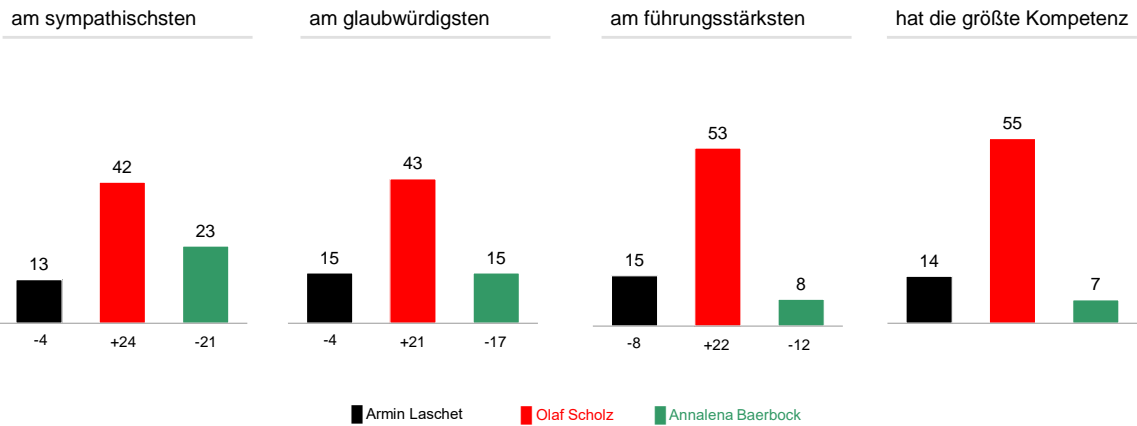
Kanzlerpräferenz: Scholz weiter mit großem Vorsprung

Der Sympathievorsprung des SPD-Spitzenkandidaten übersetzt sich in eine stabile Präferenz für die künftige personelle Besetzung des Kanzleramts. Olaf Scholz wird von den drei Politikern weiterhin am ehesten für das Kanzleramt präferiert: Wie vor zwei Wochen würden in einer Direktwahl vier von zehn (43 Prozent; +2) für ihn stimmen, unverändert 16 Prozent (+/-0) für Laschet, 12 Prozent für Baerbock (+/-0). Drei von zehn Deutschen (29 Prozent; -2) können oder wollen sich nach wie vor für keinen der drei Politiker entscheiden.



Olaf Scholz ist nicht nur der Wunschkandidat der Älteren (46 Prozent) und der mittleren Altersgruppen (49 Prozent). Bei den Präferenzen der unter 40-jährigen Bundesbürger (31 Prozent) liegt der SPD-Politiker ebenfalls vorn. Von den drei Kanzlerkandidaten genießt Scholz mit Abstand die größte Unterstützung in der jeweils eigenen Anhängerschaft. 87 Prozent der SPD-Anhänger favorisieren auch den eigenen Spitzenmann im Kanzleramt, während unter den Grünen-Anhängern sechs von zehn (61 Prozent) für Annalena Baerbock votieren würden. In den Reihen der Unionsparteien würde knapp die Hälfte (47 Prozent) für Armin Laschet stimmen.

ARD-DeutschlandTREND September 2021
Vergleich der Kanzlerkandidaten



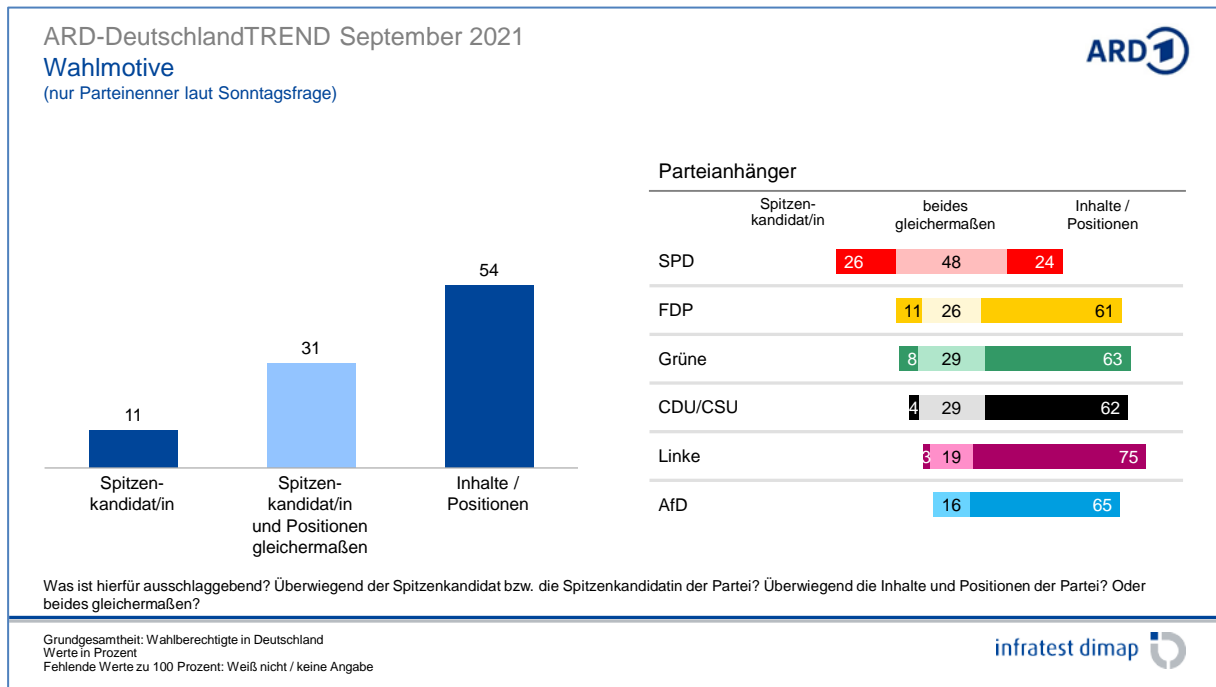
Wenn Sie Armin Laschet, Olaf Scholz und Annalena Baerbock miteinander vergleichen: Wer von diesen drei Politikern ist aus Ihrer Sicht...?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent / Veränderungen in Prozentpunkten zu Mai 2021
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

Anders als noch im Frühjahr ist der SPD-Politiker den Bundesbürgern mittlerweile am sympathischsten (42 Prozent; +24) und wirkt von den drei Kanzlerkandidaten auch mit Abstand am glaubwürdigsten (43 Prozent; +21). Unmittelbar nach Bekanntgabe ihrer Kanzlerkandidatur wusste im Mai noch Annalena Baerbock in beiden Punkten am meisten zu überzeugen. Noch stärker als im Frühjahr wird Scholz Führungsstärke zugewiesen (53 Prozent; +22). Darüber hinaus gilt der Bundesfinanzminister mit 55 Prozent als der kompetenteste der drei Bewerber um das Kanzleramt.

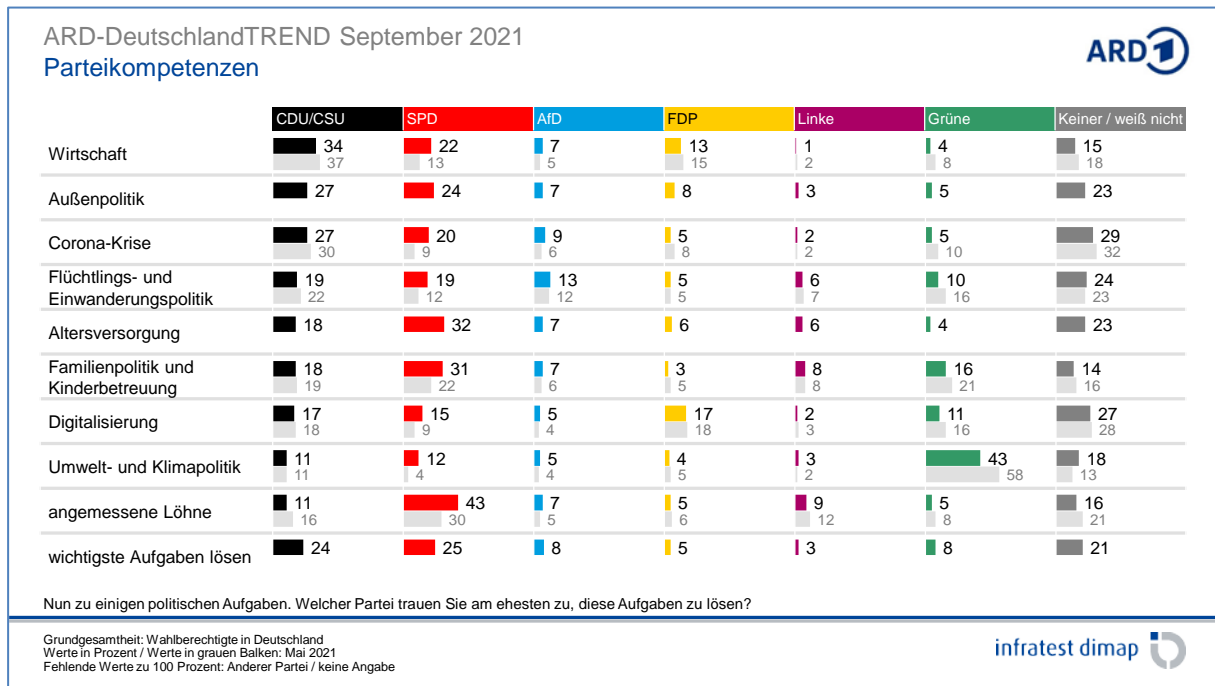
Wahlmotive: Kandidat für SPD-Anhänger von großer Bedeutung

Die Popularität des SPD-Kanzlerkandidaten kommt seiner Partei unmittelbar zugute. Ein Viertel der SPD-Anhänger (26 Prozent) gibt an, dass für ihre aktuelle Parteipräferenz überwiegend der Kandidat ausschlaggebend ist. Weitere 48 Prozent begründen ihre SPD-Präferenz mit einer Kombination aus der Person des Spitzenkandidaten und überzeugenden Positionen der Partei. Eine ähnliche Zugkraft entwickeln die Kandidaten der anderen Parteien bislang nicht. Deren Anhängerschaften sehen den Ausschlag für ihr Votum vornehmlich in den Inhalten ihrer Partei.



SPD auch bei Parteikompetenzen im Aufwind

Bei den aktuellen Sachurteilen der Bundesbürger liegen SPD und CDU/CSU etwa gleichauf: Bei der Lösung der wichtigsten Aufgaben Deutschlands setzt jeweils ein Viertel auf SPD (25 Prozent) bzw. Union (24 Prozent). Damit wird die SPD besser bewertet als zur letzten Bundestagswahl (19 Prozent), die Union dagegen deutlich schlechter als 2017 (49 Prozent).

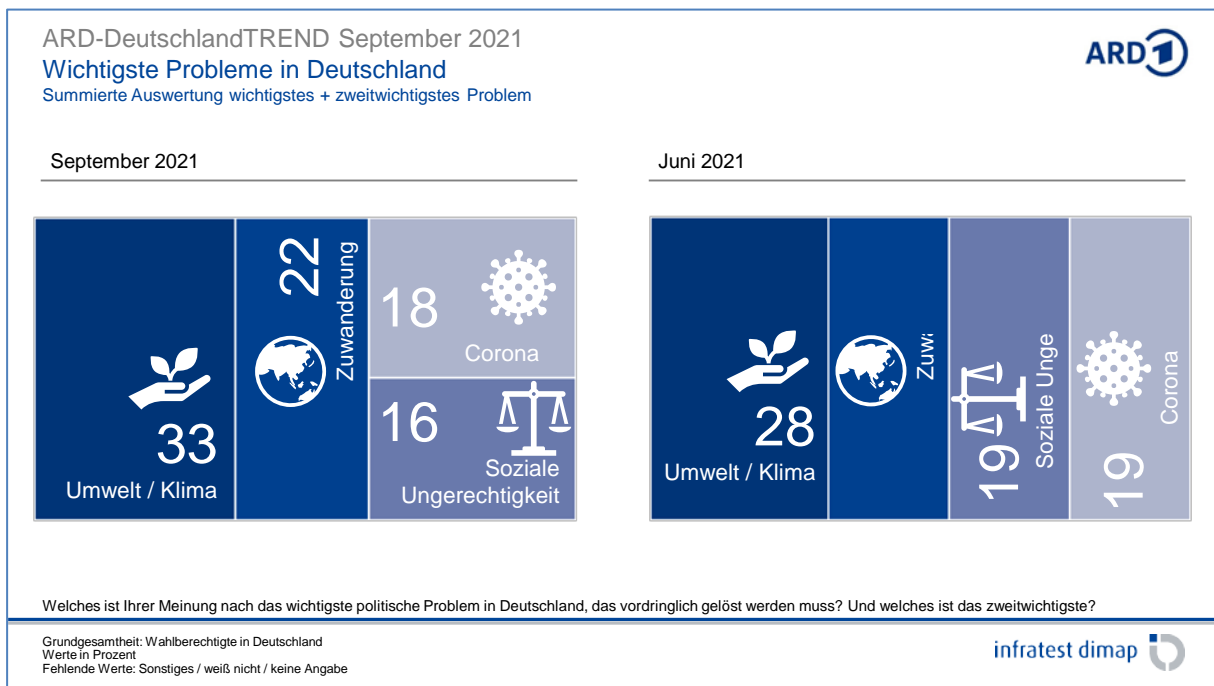


Die Sozialdemokraten punkten aktuell vor allem in sozialpolitisch gelagerten Fragen. Beim Einsatz für angemessene Löhne (43 Prozent; +13 zu Mai), für eine langfristige Sicherung der Altersversorgung (32 Prozent) und eine gute Familienpolitik und Kinderbetreuung (31 Prozent; +9) setzen die Wahlberechtigten am ehesten auf die SPD. Die Union überzeugt auf dem Feld der Wirtschaftspolitik nach wie vor die meisten Wahlberechtigten (34 Prozent; -3 zu Mai) sowie bei der Bewältigung der Corona-Krise (27 Prozent; -3). Den Grünen wiederum wird in der Umwelt- und Klimapolitik (43 Prozent; -15) die größte Kompetenz attestiert. Während die Sozialdemokraten auf den verschiedenen Feldern durchweg besser bewertet werden als noch im Frühjahr, bleiben die Unionsparteien, vor allem aber die Grünen, hinter ihren zuletzt gemessenen Kompetenzwerten zurück. AfD und FDP schneiden im Kompetenzurteil der Bundesbürger ähnlich ab wie im Mai. Jeweils jeder achte Wahlberechtigte setzt auf die AfD in der Zuwanderungspolitik (13 Prozent; +1) und auf die FDP in der Wirtschaftspolitik (13 Prozent; -2). Der Linkspartei wird vorrangig in der Familienpolitik (8 Prozent; +/-0) und in Lohnfragen (9 Prozent; -3) Vertrauen entgegengebracht.

In Fragen der Außenpolitik, die mit Ende des Afghanistan-Einsatzes die Nachrichten der letzten Tage stark bestimmt haben, setzt aktuell jeweils ein Viertel auf Union (27 Prozent) bzw. SPD (24 Prozent). Im Vierjahresvergleich lassen beide Parteien Federn, die Union (2017: 49 Prozent) allerdings deutlich stärker als die Sozialdemokraten (2017: 29 Prozent). Ihre Wettbewerber profitieren hiervon kaum. Mehr als verdoppelt hat sich gegenüber 2017 dagegen der Anteil derer, der keiner Partei eine gute Außenpolitik zutraut (23 Prozent; +14).

Wichtigste Probleme: Umwelt, Migration, Corona, Soziales

Mit den ihnen zugewiesenen Sachkompetenzen müssen die Parteien 2021 in einer Themenumgebung bestehen, die sich deutlich von der vor vier Jahren unterscheidet. Gefragt nach den aktuell wichtigsten politischen Problemen in Deutschland benennen aktuell 33 Prozent den Umwelt- und Klimaschutz, ein gutes Fünftel Zuwanderung (22 Prozent) und jeder Sechste Corona (18 Prozent). 16 Prozent thematisieren Fragen der sozialen Ungerechtigkeit, 15 Prozent Probleme der Altersabsicherung. Zur letzten Bundestagswahl lag der Problemfokus der Bundesbürger mit 47 Prozent eindeutig auf dem Zuwanderungsthema. Dagegen hatte der Umwelt- und Klimaschutz vor vier Jahren mit 9 Prozent der Nennungen nur einen nachrangigen Stellenwert.



Im Vergleich zum Frühsommer ist die Sensibilität gegenüber dem Umwelt- und Klimaschutz in der Bevölkerung (+5) weiter gewachsen. Die Zuwanderung hat aktuell einen größeren Stellenwert (+3) als vor drei Monaten, das Thema Ungleichheit einen leicht geringeren (-3). In der Corona-Pandemie sehen derzeit etwa ähnlich viele wie im Juni (-1) das größte Problem in Deutschland.

ARD-DeutschlandTREND September 2021

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Autorin WDR	Ellen Ehni	0221 220-1800
Redakteurin WDR	Claudia Müller	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon*- und Online-Befragung *davon: 60% Festnetz, 40% Mobilfunk	
Fallzahl	1.337 Befragte (874 Telefoninterviews und 463 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rückerinnerung Wahlverhalten Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	30. August bis 01. September 2021	
Schwankungsbreite	1.000 Befragte: 2* bis 3** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 10 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Dr. Nico A. Siegel	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Roberto Heinrich	030 533 22-0